



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Landwirtschaft, Industrie und Handel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus Landwirtschaft, Industrie und Handel

Vom Klassenkampfplatz. Wenn auch der in der letzten Woche des Oktobers in Frankfurt a. M. abgehaltne Kongreß der nicht sozialistischen Arbeiterorganisationen — und zwar, wie wir annehmen, im guten Glauben — von sich selbst sagt, daß er „nicht auf dem Boden des Klassenkampfes“ stehe, so wird man immerhin seine Arbeit als einen Teil oder eine Form des Klassenkampfes ansehen müssen, den die, wie die Sozialisten sagen, „zum Klassenbewußtsein gelangte“ Industriearbeiterschaft gegen die bisherige Wirtschaftsordnung aufgenommen habe. Die Hauptforderungen des mit viel Takt und Geschick geleiteten Kongresses betrafen bekanntlich „die Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts“ der Industriearbeiter — um Landwirtschaft hat man sich in Frankfurt nicht gekümmert —, „die Schaffung eines einheitlichen und freiheitlichen Vereins- und Versammlungsrechts,“ die „Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine“ und die „Errichtung von Arbeitskammern.“ Es sind das keine neuen Forderungen. Abgesehen von den ähnlichen Ansprüchen, die die Sozialdemokratie schon längst in ihr Programm aufgenommen hat, hat sie unter andern der Evangelisch-soziale Kongreß wiederholt eifrig vertreten, und sie gehören zum bekannten Inventar des doktrinären Kathedersozialismus. Sie sind in den Grenzboten mehrfach besprochen worden, wobei sich eine zum Teil skeptische Kritik in Rücksicht auf ihre praktische Durchführung und Wirkung von selbst ergab.

Die in Frankfurt versammelten nicht sozialdemokratischen Arbeitervertreter stellen sich die von ihnen geforderten „paritätischen Arbeitskammern“ als Institutionen zur „Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ vor, und es kann vielleicht erwartet werden, daß solche Kammern, wo die Angehörigen der den Kongreß bildenden Arbeiterorganisationen, d. h. also nicht Sozialdemokraten, in starker Mehrheit sind, meist bestrebt sein werden, den Frieden zu fördern. Erscheint in diesen Fällen die verlangte Einrichtung vielleicht unbedenklich, so stehn doch überall da, wo die Kammern von den Sozialdemokraten beherrscht werden würden, ihrer Einrichtung ernste Bedenken entgegen. Hier würden sie der Sozialdemokratie nur neue, sehr wertvolle Kampf- und Machtmittel bieten, und die Geister, die man gerufen hätte, würde man schwer wieder los werden. Wie jetzt die Sachen liegen, müßte das aber von der großen Mehrzahl der Kammern erwartet werden. Wohl nur im Westen und im Süden wären überhaupt Arbeitskammern mit nicht sozialdemokratischen Majoritäten denkbar. Von polnischen Kammern ganz abgesehen.

Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine wird praktisch vielfach überschätzt. Sie wird weder schaden noch nützen. Die Schaffung eines „einheitlichen und freiheitlichen“ Vereins- und Versammlungsrechts ist uns durchaus sympathisch. Leider ist aber ohne genaue Formulierung der zu erlassenden Vorschriften mit der Forderung so gut wie nichts gesagt. Je größer die Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechts, um so größer auch die Gefahr ihres gemeingefährlichen Mißbrauchs, und um so dringender geboten die Ausrüstung der Staatsgewalt zu dem Zweck, dieser Gefahr zu begegnen. Daraus erwächst eins der schwierigsten Probleme der Gesetzgebung und der Verwaltung, wie jeder gebildete Mann wohl einsieht, auch wenn ers nicht zugeben sollte. Ganz besonders schwierig und bedeutsam wird diese Frage, wenn es sich um den Teil des Vereinsrechts handelt, den man sich gewöhnt hat, unter dem Namen des Koalitionsrechts als etwas ganz besonderes zu betrachten. Das Koalitionsrecht ist ohne das Ausstandsrecht ein Messer ohne Klinge. In der Theorie und in der Praxis ist das Streikrecht die Hauptsache, auch wenn es nicht ausdrücklich genannt wird. Daß die nicht sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen auf das Recht zur Arbeitsniederlegung, auch zur verabredeten und gemeinschaftlichen, nicht werden verzichten wollen, scheint uns deshalb sicher. Eigentlich ist den Industriearbeitern das Streikrecht ja schon jetzt gewährt. Die Praxis zeigt das deutlich. Gesetzgeberisch sind nur noch einige Schönheitsfehler im Sinne der makellosen Streikfreiheit aus der Gewerbeordnung usw. zu entfernen.

Gelangt mit fortgeschrittener Koalition und dadurch gestärktem Klassen- und Machtbewußtsein der Arbeiter das Streikrecht zu der erstrebten idealen Verwendung und Wirkung, dann fehlen schon jetzt dem Staate die nötigen gesetzlichen Vollmachten, dem gemeinschädlichen Mißbrauch dieses Rechts Einhalt zu tun, es sei denn durch Proklamierung des Kriegszustands, des Standrechts. Allein die Frage nach dem Schutze der Arbeitswilligen zeigt eine klaffende Lücke unsers „Rechts,“ die das Standrecht niemals ausfüllen kann, denn es ist die Aufhebung des Rechts. Wie stellen sich die nicht sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen zum Schutz der Arbeitswilligen? Soweit die Zeitungen berichtet haben — die offiziellen Stenogramme über die Verhandlungen liegen noch nicht vor —, hat der Kongreß keine Stellung dazu genommen. Das wollen wir aber neben einigem andern vorläufig abwarten, ehe wir zu dem, was er gefordert hat, Ja und Amen sagen. Solange unsere Industrie von Rechts wegen auf der Leistung privater Unternehmer beruht, hat der Staat die Pflicht, ihnen ihre leitende, in vieler Beziehung sogar herrschende Stellung zu gewährleisten gegenüber dem Bestreben, sie durch die Koalition den Arbeitern zu verschaffen. Denn dazu muß es mit Gewißheit bei voller Entwicklung des Koalitions- und Streikrechts ohne staatliches Gegengewicht kommen. Die Koalition der Unternehmer ist schließlich völlig ohnmächtig gegen die der Arbeiter. Ihre ultima ratio wäre das Ende der deutschen industriellen Arbeit überhaupt. Auch wegen der Forderungen des Frankfurter Kongresses gilt es deshalb: *Audiatur et altera pars.*

Was uns an dem Kongreß wirklich gefreut hat, ist — ganz abgesehen von allen seinen Beschlüssen — die dadurch einmal recht deutlich ins Licht gerückte Tatsache, daß die deutschen Arbeiter denn doch noch zu einem großen Teil nicht am Narrenseil der Sozialdemokratie hängen. Das ermutigt, verpflichtet aber auch doppelt zu unausgesetzter, liebevoller Pflege des guten, verständigen und friedfertigen Geistes unter den Arbeitern. Er ist in viel größerem Maße vorhanden, als in Frankfurt Vertreter zu zählen waren. Nicht nur unter der nichtorganisierten Masse, selbst wo sie sozialdemokratische Stimmzettel in die Urne wirft, sondern auch unter den organisierten Mitläufern der Sozialdemokratie, die dem scharfen Drucke der führenden „Genossen“ um des lieben Brotes wegen äußerlich nachgeben. Auf die Mauserung der „Herren“ Revisionisten geben wir sehr wenig. Aber der Dresdner sozialdemokratische Parteitag, noch mehr der darauf in den Parteiversammlungen und der Parteipresse folgende Zank sollte doch auch die, die es nicht schon vorher wußten, darüber belehrt haben, daß nicht nur die Industriearbeitermassen überhaupt, sondern auch die sozialdemokratisch organisierten im Süden und im Westen Deutschlands anders für den Klassenkampf einzuschätzen sind als ihre Kameraden östlich von der Elbe. Wir glauben, daß in Bayern, Württemberg, Baden und Hessen der Versuch mit Arbeiterkammern, auch wo sozialdemokratische Mehrheiten zu erwarten sind, viel unbedenklicher ist als in Altpreußen. Die Herren Sozialreformer im Süden und im Westen vergessen diesen Unterschied oft und zucken dann zu Unrecht über die preußische sozialpolitische Rückständigkeit die Achsel. Unser fast nur von Osten her in die Großstädte und die Industriebezirke der Ostprovinzen in hellen Haufen zusammengelaufenes Proletariat bringt aus der Heimat ein ganz andres Gefühl der Klassengegensätze und der Klassenherrschaft mit, als es in Süddeutschland vorkommt, und ist deshalb dem Klassenhaß und dem sozialdemokratischen Radikalismus auch viel zugänglicher.

Die niedrige Bildungsstufe der Arbeiter an der Oder und der Weichsel im Vergleich mit denen am Rhein und an der Donau trägt natürlich auch dazu bei, die ostelbischen Industriearbeiter zu weit gefährlichem Gewalthaufen in der Hand der extremen Herren Genossen zu machen. Das wissen die „Herren“ auch genau, und die Singer und Bebel und Stadthagen richten danach ihre Taktik ein. Sie wissen, daß sie diese rohen, ungebildeten Massen nur durch bedingungslosen Appell an ihre Leidenschaften — Haß und Neid — beherrschen können. Es wird vielleicht, wenn es so fort geht, noch dazu kommen, daß die sozialdemokratische Gefahr vorwiegend eine preußische Gefahr wird, hinter der sogar die Gefahr in Sachsen und Hamburg harmlos erscheinen könnte. Jedenfalls kann es nichts schaden, wenn die preußische Regierung, die preußischen höhern Beamten, die preußischen Herren Unternehmer und Besitzer in Stadt und Land die Frage einmal ganz vom preußischen Standpunkt aus betrachten, d. h. wirklich voraussetzungslos zu ergründen suchen,

warum der Klassenkampf in unsern Ostprovinzen so viel schärfer und gemeingefährlicher zu werden droht als im Süden und im Westen. Und wenn sie dabei zu der Einsicht kämen, daß ihr eigener Klassenegoismus und ihre eigene Klassenpolitik mit daran schuld wären, dann würden sie vielleicht der Wahrheit nahe kommen. Dann würden sie es aber auch hoffentlich nicht verschmähen, einmal bei den Süddeutschen in die Schule zu gehn. Sie würden damit den preußischen Patriotismus am besten betätigen.

Zu den Kursbewegungen der Berliner Großbanken nach der Krisis.

Unter den vom Verein für Sozialpolitik herausgegebenen Schriften über die letzte Wirtschaftskrisis nimmt die Arbeit von Dr. Ernst Loeb über „die Berliner Großbanken in den Jahren 1895 bis 1902 und die Krisis der Jahre 1900 und 1901“ an Umfang und Gründlichkeit eine hervorragende Stelle ein, und wir empfehlen sie den Interessenten — trotz der etwas zu voluminösen Statistik — dringend zum eingehenden Studium. Der Zusammenhang der Banken mit unsrer Großindustrie wird vom Verfasser vortrefflich dargelegt, und der selbständig urteilende Leser wird den Segen und den Unsegen dieses Zusammenhangs an der Hand dieses Buches vollkommen begreifen. Mit Recht warnt Loeb davor, bei der Beurteilung der Tätigkeit der Banken zu sehr zu verallgemeinern. Immer hänge die Art einer Bank von den Persönlichkeiten ab, die sie leiten. Unter den Fehlern, die die Banken — namentlich die jüngern — gemacht hätten, rügt der Verfasser vor allem „die zu schnelle Vermehrung der Aktienkapitalien,“ die nicht in dem regulären Bankgeschäft begründet, sondern nur wegen der Gunst der Börsenverhältnisse geschehen sei, die die Unterbringung neuer Aktien leicht zu machen schienen, ohne daß eine verständige Verwendung des vermehrten Kapitals schon vorgelegen hätte. Was er über die oft mangelhafte Verteilung des Risikos in der Geschäftsgebarung der Banken sagt, ist gewiß berechtigt, ganz besonders berechtigt aber jedenfalls das Verlangen, daß diese Verteilung des Risikos der Öffentlichkeit erkennbar sein, d. h. in den Bilanzen und Geschäftsberichten der Banken sichtbar gemacht werden müsse. Dr. Loeb hält die darüber bestehenden Vorschriften für ungenügend und schlägt ein ins einzelne ausgearbeitetes Schema für die Bankbilanzen vor, worauf wir hier natürlich nicht näher eingehn können.

Die Bedeutung, die die Großbanken für unser industrielles Leben und unser ganzes Wirtschaftsleben in den letzten Jahrzehnten gewonnen haben, hat uns schon veranlaßt, auch die Grenzbotenleser auf die Bewegungen der Kurse der Bankaktien als ein Symptom für die Lage dieses wichtigen Zweiges der Volkswirtschaft hinzuweisen, und es scheint gerade jetzt, wo man an den Wiederbeginn einer neuen Aufschwungsära gern glauben und gern glauben machen möchte, an der Zeit zu sein, wieder daran zu erinnern. Wir betrachten im folgenden 8 Berliner Großaktienbanken nach der Krisis, fügen aber auch die Hauptzahlen aus der Krisis (1901) selbst und vom Ende der Aufschwungsperiode (1900) zur Orientierung hinzu. Zunächst sind wieder die Zahlen über das 1902 dividendenberechtigte Aktienkapital und die letzte, die vorletzte und die höchste in der Hochkonjunktur ausgeschüttete Dividende angegeben.

| | Aktienkapital 1902 | Dividende (%) | | | höchste (1899) |
|-----------------------------------------|-----------------------|-------------------------------|-----------|-------------------------------|-------------------|
| | | letzte | vorletzte | höchste | |
| Berliner Bank | 42 000 000 Mark | 3 ¹ / ₂ | 2 | 7 | (1899) |
| Berliner Handelsgesellschaft | 90 000 000 „ | 7 ¹ / ₂ | 7 | 9 ¹ / ₂ | (1898) |
| Darmstädter Bank | 130 000 000 „ | 6 | 4 | 8 | (1897) |
| Deutsche Bank | 150 000 000 „ | 11 | 11 | 11 | (1899) |
| Diskontogesellschaft | 130 000 000 „ | 8 ¹ / ₂ | 8 | 10 | (1899) |
| Dresdner Bank | 130 000 000 „ | 6 | 4 | 8 | (1900) |
| Nationalbank für Deutschland | 60 000 000 „ | 5 | 3 | 8 ¹ / ₂ | (1899) |
| Schaaffhausenscher Bankverein | 100 000 000 „ | 5 | 5 | 8 | (1899) |

Die Zahlen brauchen keine Erläuterung.

Die Kursbewegungen gehn aus folgender Zusammenstellung hervor, in der für 1900 — das Jahr des Kriseneintritts — der höchste Kurs, also der Kurs vor der Krisis, angegeben ist. Bei mehreren Banken wurden allerdings in den vorangehenden Jahren noch höhere Kurse notiert, doch genügen die höchsten Kurse von 1900 zur Verdeutlichung des Abfalls infolge der Krisis im Jahre 1901 vollkommen.

| | Höchster Kurs | Letzte Kurse der Monate | | | | | Kurs am |
|-------------------------------------|--------------------|-------------------------|------------------|--------------|-------------------|-----------------|------------------|
| | des Jahres 1900 | Dezember 1901 | Dezember 1902 | Juni 1903 | September 1903 | Oktober 1903 | 14. Nov. 1903 |
| Berliner Bank | 118,50 | 81,90 | 89,60 | 91,80 | 90,75 | 95,25 | 95,00 |
| Berliner Handelsgesellsch. | 173,75 | 138,50 | 158,40 | 154,40 | 153,25 | 162,75 | 164,00 |
| Darmstädter Bank | 147,00 | 125,00 | 135,25 | 136,00 | 136,25 | 144,10 | 144,60 |
| Deutsche Bank | 213,75 | 202,10 | 212,50 | 210,00 | 213,00 | 219,00 | 219,00 |
| Diskontogesellschaft | 198,75 | 179,90 | 190,40 | 186,75 | 186,90 | 195,10 | 195,00 |
| Dresdner Bank | 166,50 | 127,75 | 145,70 | 147,00 | 146,90 | 153,50 | 157,00 |
| Nationalb. f. Deutschland | 148,25 | 103,00 | 117,60 | 120,50 | 118,25 | 124,30 | 124,30 |
| Schaaffhausensch. Bankver. | 141,75 | 112,00 | 114,80 | 125,75 | 137,75 | 140,25 | 147,40 |

Der Abfall bei Beginn der Krisis springt in die Augen.

Mit Ausnahme der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft, die schon 1900 den tiefsten Kursstand erreicht hatten, waren bei allen aufgeführten Banken die Jahresschlußkurse von 1901 die niedrigsten seit der Hochkonjunktur von 1897. Im Laufe des Jahres 1902 fand durchweg eine Hebung statt, die bei der Berliner Handelsgesellschaft, der Dresdner Bank und der Nationalbank für Deutschland recht kräftig, beim Schaaffhausenschen Bankverein sehr mäßig war, bei den übrigen annähernd 10 ausmachte. In den ersten drei Vierteljahren von 1903 tritt ein fast allgemeiner Stillstand ein, nur der Schaaffhausensche Bankverein wies eine größere Kurssteigerung auf. Dagegen haben sich die Kurse im Oktober bei allen 8 Banken nicht unwesentlich gehoben. Sie sind mehrfach dem höchsten Stande von 1900 schon recht nahe gekommen, die Deutsche Bank hat ihn schon übertroffen. Wenn die Besserung der Kurse im vierten Vierteljahr 1903 nicht anhält und nicht bedeutender ist als im vierten Vierteljahr 1902, wird trotzdem vielleicht die Jahreszunahme von 1903 die von 1902 bei der Mehrzahl der Gesellschaften nicht erreichen. Die Bewegungen in der ersten Hälfte des Novembers sind wieder bescheidener geworden, und Gründe liegen kaum vor, das Oktobertempo wieder einzuschlagen.

Jedenfalls scheinen, soweit nach dem Kurse zu urteilen ist, die Berliner Großbanken die Krisis verhältnismäßig recht gut überlebt zu haben.

In Berliner Börsenberichten war um die Mitte des Oktobers zu lesen, daß wohl jeder Bankdirektor schon wieder ein Fusions- oder Emissionsprojekt der Montan-, der Eisenhütten- und der elektrischen Industrie mit sich herumtrage, und daß schon deshalb die Bankenkurse wieder lebendig würden. Wir wissen nicht, was davon wahr ist, aber sicher sind die Berliner Banken an der jüngsten Trustentwicklung in den genannten Industrien vorwiegend interessiert und wirksam beteiligt. Führt die Vertrustung, wie viele glauben, zu einer neuen Fusionsära, so werden auch neue Emissionen nicht fehlen. Wahrscheinlich können dabei die Banken ein gutes Geschäft machen. Was weiter daraus wird, ist freilich noch völlig dunkel.

Ende voriger Woche hat eine Verkoppelung zwischen der Dresdner Bank und dem Schaaffhausenschen Bankverein stattgefunden, wodurch nunmehr ein Kapital von 230 Millionen Mark zu gemeinsamen Operationen vereinigt ist. Wie es scheint, möchte man auch dieses Kapital noch erhöhen. Das wird wohl wieder Veranlassung zu neuen Kursbewegungen geben.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Odol

Absolut bestes Mundwasser der Welt!